

Gerhard Weiß

Kriegsbereit und gerüstet

Die USA als Weltordnungsmacht

Welche Rolle spielen die USA in der aktuellen Weltpolitik? Diese Frage stellt sich seit dem Aufstieg Chinas als ernsthafter Konkurrent auf den Weltmärkten erneut. Warum kommt es zu einer verschärften Konfrontation der USA gegen die Volksrepublik China und Russland? Die USA forcieren zurzeit eine Politik der Abgrenzung und Eindämmung die eine friedliche Koexistenz der konkurrierenden Ordnungsvorstellungen grundsätzlich in Frage stellt. Greiner versucht mit dem Blick auf die Geschichte der globalen Ordnungspolitik der USA nach 1945 auf diese Fragen eine Antwort zu geben.¹

Wohllollende Hegemonie?

Folgt man Bernd Greiners Studien über die Rolle der USA als Weltordnungsmacht nach 1945, so handelt es sich um die Fortsetzung eines bewährten Musters von Hegemonialpolitik, das sich seit 1945 immer wiederholte: Überall dort, wo jenseits der US-Grenzen eine selbständige nationale Bewegung entstand, die sich nicht eindeutig dem von den USA geführten Block der westlichen Industriestaaten zu- und unterordneten und ggf. sozialdemokratische oder gar sozialistische Reformen anstrebten, wurden diese als Gefahr für die Sicherheit deklariert und mit den der größten Militärmacht der Welt zur Verfügung stehenden Mitteln blutig bekämpft.

Dies war keineswegs eine „wohllollende Hegemonie“. Diese gab es ggf. gegenüber den folgsamen Vasallen der westlichen Führungsmacht. Dagegen wurden alle politischen Kräfte, die sich den Hegemonialvorstellungen der USA nicht unterwarfen und abweichende wirtschaftliche und politische Ordnungsvorstellungen entwickelten, mit einer Politik der Einschüchterung, der Erpressung und der Unberechenbarkeit konfrontiert. (38) Dabei galt für alle US-Administrationen bis zur Gegenwart die Vorstellung „dass Sicherheit im Militärischen wurzelt und üppig dekorierte Drohkulissen Gewinn abwerfen“. (38) In einem ersten Abschnitt erläutert Greiner dies am Umgang der USA mit ihrer Überlegenheit an atomaren Waffen. Er weist darauf hin, dass die Atombombenabwürfe auf Japan nicht erforderlich waren, um den Krieg zu beenden. Sie sollten demonstrieren, dass man jederzeit bereit war, diese Waffen einzusetzen. Greiner belegt, dass die Bereitschaft zum atomaren Erstschlag für alle US-Administrationen während des Kalten Krieges zur militärischen Drohkulisse gehörte.

¹ Bernd Greiner, Was die USA seit 1945 in der Welt angerichtet haben, München 2021. Verlag C.H.Beck oHG, 288 S. 16,95 Euro

Iran und Guatemala, Kuba

Greiner zeichnet die Blutspur nach, die von den globalen Ordnungsaktivitäten der führenden Weltmacht hinterlassen wurde. 1953/54 wurden die demokratisch legitimierten Regierungen des Iran (Mossadegh) und Guatemalas (Arbenz) unter Führung der CIA weggeputscht. Die Sozialreformen, die in diesen Ländern angestrebt wurden, galten der US-Regierung als kommunistische Bedrohung, also wurden sie mit Wirtschaftssanktionen, geheimdienstlicher Subversion im Land und militärischen Interventionen gestürzt, um den Weg für autoritäre Regierungen und Militärdiktatoren freizumachen (54–64). Greiner sieht mit dem „Doppelschlag gegen Reformen in Guatemala und im Iran“ (65) den Aufstieg der CIA ins Zentrum der Macht der US-Administration verbunden. Bis dahin hatte sich die CIA auf das Sammeln und Auswerten von Informationen beschränken müssen. Dies änderte sich. Greiner zählt zwischen 1954 und 1960 170 Geheimaktionen der CIA in 48 Staaten, bis 1963 sollten 300 weitere hinzukommen. (68)

Ein besonderer Schwerpunkt terroristischer Aktivitäten der globalen Hegemonialmacht war Kuba. (68–77) Greiner nennt eindrucksvolle Zahlen: „Über 800 Angriffe, im Schnitt mindestens einen pro Monat, soll es seit 1959 bis heute gegeben haben, mit 3500 Todesopfern und 200 Verletzten allein zwischen 1959–1965.“ (69) Um Castro zu stürzen, nahm die CIA mit ausdrücklicher Billigung des Behördenchefs (Allan Dulles) Geschäftsbeziehungen mit Mafiagrößen auf. „Offiziell räumt die CIA für die Zeit von 1960 bis 1965 acht Mordversuche gegen Fidel Castro ein; der kubanische Geheimdienst zählt bis heute 638.“ (70)

Vietnam, Laos, Kambodscha

Ihre Hegemonie gestützt auf Gewalt und Militärdiktaturen zu sichern, kennzeichnete das globale Ordnungshandeln der USA. In Vietnam installierten die USA nach dem Sieg der Vietminh gegen die französische Kolonialherrschaft in Saigon eine Marionettenregierung, um ein einheitliches Vietnam unter Führung Ho Chi Minhs zu verhindern. Schon Präsident Kennedy schickte 10.000 Militärberater nach Südvietnam und leitete die Entsendung von Bodentruppen ein. Von 1965 bis 1973 führten die USA einen unerklärten Krieg in Vietnam „der bis heute den schauerlichsten Rekord der Geschichte hält. Zu keiner Zeit und an keinem anderen Ort wurden derart viele Vernichtungsmittel eingesetzt.“ (105) Allein in den Jahren 1966–1968 warfen die Bomber der USA und ihrer Verbündeten 2.865.808 Tonnen Bomben über Vietnam, Laos und Kambodscha ab. Gut 800.000 Tonnen mehr als auf allen Schauplätzen des Zweiten Weltkriegs. (105) Die niedrigsten Schätzungen gehen in der Zeit von 1965 bis 1973 von 627.000 Zivilisten aus, die infolge von Kriegshandlungen um Leben kamen. Die nordvietnamesische Armee und der Vietcong, so der diffamierende Begriff für die Befreiungsfront FNL, zählten 440.000 Mann, die USA knapp über 56.000 und deren Alliierte knapp 226.000 (insgesamt 726.000) getötete Soldaten. Greiner vertritt die These, dass „Washington wusste, dass der Krieg in Vietnam nicht zu gewinnen war und führte ihn trotzdem weiter ..., weil man mit aller Macht den Eindruck vermeiden wollte, auf der Verliererstraße zu sein.“ (106)

Indonesien

Der größte Massenmord in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde mit Unterstützung und wohlwollender Protektion der USA in Indonesien ausgeübt. Dort kam es nach der Befreiung von der japanischen Besatzung zu Versuchen der Niederländer, mit einem Kolonialkrieg (der bis 1949 300.000 Opfer forderte) ihre Herrschaft zu bewahren. Achmed Sukarno etablierte sich als einer der Führer der nationalen antikolonialen Bewegung als Präsident des Landes. Eine Besonderheit Indonesiens war eine starke kommunistische Bewegung. Die Kommunistische Partei Indonesiens (PKI) war mit 3,5 Millionen Mitgliedern die stärkste Partei außerhalb der sozialistischen Länder. Darüber hinaus gab es eine millionenstarke Verankerung dieser Partei in befreundeten Verbänden. Sukarno regierte den Vielvölkerstaat unter punktueller Zusammenarbeit mit den Kommunisten und verfolgte eine Politik der Blockfreiheit. Nach Greiner galt Sukarno „aus amerikanischer Sicht als Steigbügelhalter oder nützlicher Idiot der Kommunisten“. (82) Die CIA unterstützten Sukarnos Gegner, u.a. zwei Rebellengruppen für Terroraktionen. Rechtsgerichtete Militärs wurden mit großzügiger Finanzhilfe an amerikanischen Offiziersschulen ausgebildet. (83) 1965 eskalierte die Entwicklung. Die CIA forderte einen Masterplan für einen Regimewechsel in Djakarta. (83) Anfang Oktober 1965 kam es zu einer Putschaktion junger Offiziere, die vorgaben, Sukarno vor einem geplanten Putsch der Armeeführung schützen zu wollen. Generalmajor Suharto nahm dies zum Anlass, den Putsch als Griff der Kommunisten zur Macht darzustellen. Binnen weniger Tage ging die Armee dazu über, Kommunisten zu verhaften und zu töten. Binnen eines Jahres wurden 500.000 Menschen ermordet und eine Million weggesperrt. Sukarno trat im März 1966 zurück. General Suharto folgte als Chef einer Militärdiktatur bis 1998. „Die amerikanische Regierung begnügte sich während der Massaker nicht mit der Rolle des Zuschauers; Washington ermutigte die Täter und konnte deren Vollzugsmeldungen nicht schnell genug bekommen.“ (86) Die USA „behandelten das Terrorregime ... wie einen Premiumverbündeten in den Diensten der Freiheit.“ Innenpolitisch erfüllte Suharto mit der Förderung ausländischer Investitionen und dem Verbot der Gewerkschaften die in ihn gesetzten Erwartungen. Außenpolitisch gehörte die Orientierung auf Blockfreiheit der Vergangenheit an.

Lateinamerika seit den 1960er Jahren

Schließlich lenkt Greiner den Blick des Lesers auf die Einmischung der USA in Lateinamerika seit den 1960er Jahren. In British Guayana verhinderte die CIA 1964 die Wiederwahl des Sozialdemokraten Chedi Jaan in dem man seine Konkurrenten großzügig finanzierte. In Chile brachten die CIA auf die gleiche Weise 1964 Eduardo Frei gegen Salvador Allende in die Präsidentschaft. Im April 1964 setzte in Brasilien eine Militärjunta mit amerikanischer Unterstützung der gewählten Regierung des Sozialreformers João Goulart ein Ende. Das Militär konnte 21 Jahre lang regieren. 1965 schickten die USA 23.000 Marines in die Dominikanische Republik. Gemeinsam mit den einheimischen Militärs verhin-

derten sie eine zweite Amtszeit des Präsidenten Juan Bosch. Nachdem Salvador Allende 1970 in Chile zur Präsidentschaft gekommen war, begannen die USA eine Politik der wirtschaftlichen Sanktionen, die innenpolitisches Chaos bewirken sollten. (93) Am 11. September 1973 putschte das Militär unter Pinochet. 3.000 Morde, Folterungen, Lagerhaft und zahllose Flüchtlinge waren der Einstieg in die chilenische Militärdiktatur unter Pinochet. Und wie überall dort, wo in Lateinamerika in den 1960er Jahren Militär geputscht hatte, wurde nun auch in Chile die militärische und wirtschaftliche Unterstützung durch die USA gewährleistet. In den Ausbildungszentren der USA, geleitet von den Sicherheitskräften der CIA erwarben die Ordnungskräfte der Militärdiktaturen Qualifikationen zur Aufstandsbekämpfung, zu Terroreinsätzen und zur „saubere(n) Folter“ (95 ff.). Von den USA alimentierte Todesschwadronen richteten in Zentralamerika in den 1980er Jahren umfassende Vernichtungsaktionen aus. In Guatemala befahlen die regierenden Obristen einen Unterwerfungskrieg gegen die indigenen Maya. (96 f.) El Salvador konnte sein für fliegende Mordkommandos bekanntes Militär mit amerikanischer Militärhilfe aufstocken. In Nicaragua waren CIA-Agenten an der Verminung von Häfen u.a. Terrorakten beteiligt und die antisandinistischen Contras wurden von den USA als Freiheitskämpfer unterstützt.

Im Oktober 1983 besetzten amerikanische Marineverbände ohne Mandat der Vereinten Nationen den karibischen Inselstaat Grenada, um einen Regimewechsel durchzuführen.

Bilanz und Folgen der globalen US-Ordnungspolitik im Kalten Krieg

Greiners Darstellung der US-amerikanischen globalen Ordnungspolitik ist beeindruckend, auch wenn die Interventionen auf dem afrikanischen Kontinent sicherlich noch mehr Stoff geliefert hätten. Hier weist er außer der Beteiligung der CIA am Mord des linken kongolesischen Politikers Patrice Lumumba auf die Unterstützung der rechtsgerichteten FNLA im angolanischen Bürgerkrieg hin. (153 f.) Mit seiner Übersicht auf globale Ordnungseingriffe der USA belegt Greiner deren Bereitschaft, jede eigenständige politische Kraft zu zerstören, die sich im Blockdenken des Kalten Krieges nicht den US-Maximen unterwarf. Bei der Frage nach den Folgen, die diese auf militärische Gewalt und geheimdienstliche Subversion gerichtete Politik der Machtsicherung, auf die Binnenstrukturen der USA habe, kommt der Autor zu dem Schluss, dass eine Verschiebung der Gewaltenteilung gegen die Grundsätze der Verfassung stattfand. Die präsidentiale Exekutive gestützt auf den Militär und Geheimdienstapparat erhielt (als Folge der globalen Hegemoniepolitik) in der Gewaltenteilung ein größeres Gewicht. Es sei zu einer Selbstentmachtung des Kongresses zugunsten der Handlungsfreiheit des Präsidenten insbesondere in Kriegs-, Militär- und Geheimdienstfragen gekommen. (150 ff.) Unabhängiges präsidentiales Machthandeln wurde von der Exekutive zunehmend in Anspruch genommen. (160).

Nach der Auflösung der UdSSR

Nach der Auflösung der UdSSR änderte sich die Hegemoniepolitik der USA nicht grundsätzlich. Die neoliberalen globalen Wirtschafts- und Handelsstrukturen sollten möglichst auch auf die ehemals sozialistischen Länder ausgeweitet werden. Dabei ging es den USA um den Erhalt und den Ausbau ihrer militärischen Dominanz (164). Nachdem der Warschauer Pakt sich auflöste, kam es nicht zur Auflösung der NATO, sondern zu deren Erweiterung an den Grenzen Russlands. Dies stand im Widerspruch zu den Erwartungen, die von der Regierung Gorbatschows über eine „neue Weltordnung“ der Sicherheit und Zusammenarbeit gehegt worden waren. Sie sollte auf der Basis gemeinsamer Institutionen an Stelle der alten Militärbündnisse Warschauer Pakt und NATO die Welt sicherer machen. Dementsprechend wurde 1988 der Vertrag über den Abbau von Mittelstreckenraketen in Europa geschlossen (INF-Vertrag). (167) Die Ordnungspolitik der USA nahm aber eine andere Richtung. Die Clinton-Administration nahm 1996 mit Milliarden an Dollarzuschüssen Einfluss auf den Wahlkampf in Russland zugunsten Boris Jelzins. 1997 erfolgte mit dessen Zustimmung die Erweiterung der NATO durch die Aufnahme von Polen, Ungarn und Tschechien. (171) George F. Kennan bezeichnete die erfolgte Ausweitung der NATO als den „verhängnisvollste(n) Fehler amerikanischer Politik nach dem Ende des Kalten Krieges“. (171) Aber der Ausbau der NATO nach Osten wurde fortgesetzt.

Balkankriege

Auf dem Balkan, kam es im März 1999 unter amerikanischem Kommando zu zehnwöchigen Luftangriffen gegen Serbien und zur militärischen Unterstützung albanischer Nationalisten bei der Abspaltung des Kosovo von Serbien. (177) Diese Interventionen wurden ohne Abstimmung mit den Vereinten Nationen durchgeführt. Die Ausrufung einer autonomen Republik Kosovo 2008 (und damit die Abspaltung des Kosovo von Serbien) wurde von den USA und der EU vorge schlagen und abgesichert. (177) Begleitet wurde diese Neuordnung der staatlichen Verhältnisse auf dem Balkan von Erwägungen für die „Umgründung der NATO“. Diese sollte nicht im Verteidigungsfall bei Angriff auf das Territorium eines Mitgliedslandes zuständig sein, sondern möglichst als global agierendes Militärbündnis zur Terrorismus- und Krisenbekämpfung verstanden werden. (179)

Regimewechsel im Irak / Krieg gegen den Terror / Afghanistan

Die nächste Ordnungsaktion der USA war der Krieg für einen Regimewechsel im Irak. Schon die Clinton-Regierung hatte im Dezember 1998 Bombenangriffe auf Industrieanlagen im Irak befohlen. Im Oktober 2002 genehmigt der Kongress die von der Regierung Bush entwickelte Strategie für Präventivkriege ohne UN-Mandat zum Schutz der nationalen Sicherheit und stimmte für Invasion des Irak. Der Krieg dauerte bis 2008 und hinterließ ein zerstörtes Land und Hunderttausende Opfer in der Mehrzahl Zivilisten.

Schon zuvor hatten die USA den „Krieg gegen den Terrorismus“ ausgerufen. Zu diesem Zweck marschierten sie in Afghanistan ein, das unter der Herrschaft der

Taliban als Schutzmacht für islamistische Terroristen galt. Die NATO schloss sich dem Krieg an. Sie erklärte den Terroranschlag vom 11. September 2001 als Auslöser für den Bündnisfall. Der Krieg dauerte 20 Jahre, bis die USA und ihre Verbündeten sich zurückzogen. Sie überließen den Taliban das Land unter katastrophalen Zuständen. Wiederum war es zu weit über 100.000 Opfern gekommen – in der Mehrheit Zivilisten.

Im Zuge des Kriegs gegen den Terrorismus richteten die USA ein weltweites Netz von Geheimgefängnissen und Lagern ein, in denen des Terrorismus verdächtige und festgesetzte Personen unter Missachtung ihrer grundlegenden Menschenrechte festgehalten und gefoltert wurden. (196 ff.)

USA im 21. Jahrhundert: Aufrüstung für den Kampf gegen das Böse

Greiner schließt seine Bilanzierung der gewaltorientierten globalen Ordnungspolitik mit dem pessimistischen Ausblick ab, dass von den USA keine Umorientierung hin zu Abrüstung und Friedensinitiativen zu erwarten ist. Stattdessen rüsteten sie dem Hinweis auf die Bedeutung des Militärpotentials für ihre Sicherheit weiter auf. Eine Zunahme von Gefahren für ihre eigene Sicherheit sähen sie insbesondere in wachsender wirtschaftlicher Konkurrenz und militärischer Stärke Chinas. Deshalb halten sie an der Politik militärischer Stärke für den Kampf gegen abweichende politische Konzepte fest. (209) Die immer nachdrückliche vorgetragene Forderung an die europäischen Verbündeten, die Rüstungshaushalte zu erhöhen, kann deshalb nicht verwundern. Es gilt: Ohne Aufrüstung und Militärdominanz der USA und ihrer Verbündeten gebe es im 21. Jahrhundert keine Sicherheit, die atomare Aufrüstung eingeschlossen. D.h., dass auch der atomare Rüstungswettkampf fortgesetzt wird. Das Spiel mit der Angst bleibt Bestandteil der globalen Hegemonialpolitik der USA. Dies gilt insbesondere gegenüber Russland und China. Die 1987 mit dem INF-Vertrag zum Abbau von Mittelstreckenraketen in Europa eingeleitete Abrüstungsinitiative wurde nicht weiterverfolgt. Spätestens seit der Ankündigung George Bushs (Sommer 2002) in Polen und Tschechien eine neue Raketenabwehr zu installieren, begann ein neuer Rüstungswettkampf, der am 1. Februar 2019 zum Ausstieg der USA aus dem INF-Vertrag führte.

Sowohl Russland als auch China unterstreichen einen defensiven (gegenüber den USA nachholenden) Charakter ihrer Aufrüstung. Greiner hält dies für plausibel und argumentiert im Hinblick auf die Qualität des chinesischen Aufrüstungspotentials, dass dieses „kaum auf eine globale Machtprojektion ziele.“ (216) „Im Unterschied zu den USA geht es nicht darum, jede andere Streitmacht der Welt im Kriegsfall zu besiegen, sondern Gegner auf Distanz zu halten.“ (216) Nach der Ablösung von Donald Trump machte Präsident Biden schnell klar, in welcher globalen historischen Rolle er die USA im 21. Jahrhundert sieht, nämlich in einem „Ausscheidungskampf zwischen Demokratie und Autokratie, Schwarz und Weiß, Gut und Böse“. (217) Er bezeichnete den Präsidenten der Russischen Föderation in aller Weltöffentlichkeit als Mörder. Mit Bezug auf

China erklärte er, was es aus seiner Sicht nicht werden darf: „Das führende Land der Welt, das wohlhabendste Land der Welt und das mächtigste Land der Welt.“ (217) Vor diesem Hintergrund wird nicht nur der forcierte Wirtschaftskrieg der USA gegenüber China auf den Weltmärkten verständlich, sondern auch die zunehmenden Bemühungen NATO-ähnliche militärische Bündnisstrukturen gegenüber der Volksrepublik China in Asien aufzubauen. Aber auch Russland und die europäischen Verbündeten der USA bleiben von den Wirkungen des globalen „Ausscheidungskampfes zwischen Gut und Böse“ nicht verschont: Der Bundesregierung wurde von Biden nahegelegt, auf die Inbetriebnahme der Gasleitung Nord Stream 2 (deren Fertigstellung ca. 10 Mrd. € gekostet hatte) zu verzichten und statt russischem Erdgas mehr Flüssiggas aus den USA zu beziehen und einem von den USA geführten Block gegen China beizutreten. (230)

Alternativen?

Gemeinsame Sicherheit konkurrierender Systeme?

Greiner fasst seinen Rückblick auf die „Schadensbilanz“ der US-Politik mit folgenden Worten zusammen: „Sieben Jahrzehnte amerikanischer Ordnungspolitik blamieren Washingtons Anspruch auf Führung im 21. Jahrhundert ... weil Zukunft nicht mit antiquierten Instrumenten aus der Vergangenheit gestaltet werden kann – es sei denn zu einem monströsen Preis.“ (230 f.)

Aber, welche „Auswege aus der Malaise“ könnte es geben? Was wären seriöse Alternativen? Greiner greift auf Willi Brandt zurück. Dessen Gedanke zu „gemeinsamer Sicherheit“ konkurrierender Systeme davon ausging, dass es eine primitive Auffassung sei, „dass man die eigene Sicherheit nur im Kampf gegen andere behaupten könne“. (234) Sicherheit gebe es nur noch miteinander, „die Sicherheit des Gegners ist Teil der eigenen Sicherheit, alle verlieren zusammen, wenn sie nicht gemeinsam gewinnen wollen“. (234)

Mit der Zuspitzung der geopolitischen Auseinandersetzungen über den von Russland vorgetragenen Sicherheitsbedarf an seinen Westgrenzen zum Krieg in der Ukraine ist die von Greiner vorgeschlagene alternative Diskussionsperspektive über globale Sicherheit vorerst in eine unerreichbar scheinende Ferne gerückt. Russland hat, wie es scheint, die Sicherheitslogik der USA übernommen.